



Bürger Union Stadtallendorf - Stadtparlamentfraktion -

Stellungnahme zum Haushalt 2017 zur STAVO am 16.03.2017

Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
meine sehr geehrten Damen u. Herren,

wie immer haben meine Vorredner bereits alles Notwendige zum diesjährigen Haushalt gesagt, sodass ich mich in meiner heutigen Stellungnahme kurz fassen darf. Ich werde weitestgehend auf die Wiederholung von Zahlen verzichten, diese liegen Ihnen allen vor.

Meine Damen u. Herren,
trotz enorm zurück gegangener Gewerbesteuererträge ist es dem Kämmerer sowie der hiesigen Finanzverwaltung gelungen, den städtischen Gremien einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Demnach schließt der Haushalt in seinen Eckdaten in seinem Gesamtvolumen mit einem ordentlichen Ergebnis in Höhe von insgesamt 59,13 Mio. € ab und weist einen Überschuss in Höhe von 251,00 € auf.

Der Finanzhaushalt sieht Investitionen von rd. 5,16 Mio. € vor, zu dessen Finanzierung keine Kreditaufnahmen erforderlich sind.

Der Finanzplan schließt jahresbezogen mit einem Finanzmittelfehlbedarf von rd. 2,01 Mio. € ab und kann durch vorhandene Finanzmittel gedeckt werden.

Der Schuldenstand nimmt um rd. 0,66 Mio. € ab und geht leicht auf rd. 9,94 Mio. € zurück.

Wies das Gewerbesteueraufkommen im letztjährigen Haushalt noch Einnahmen in Höhe von rd. 39.438.500 € auf, beziffert sich der diesjährige Haushalt auf nunmehr 34.600.000 €. Die Erträge aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben gehen demnach um rd. 3,96 Mio. € zurück. Hiervon beträgt der Rückgang unserer Gewerbesteuer rd. 4,84 Mio. €.

Der Rückgang am Gewerbesteueraufkommen ist, wie wir alle wissen, aufgrund von hohen Investitionen unserer größten Gewerbesteuerzahler und deren steuerlichen Abschreibungen zurück zu führen.

Auch wenn der Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen sich schmerzhaft in unserem Haushalt bemerkbar macht, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass unsere größten Gewerbesteuerzahler nachhaltig in die Zukunft und dem weiteren Ausbau von Arbeitsplätzen investiert haben. Dies trägt letztendlich zum Erhalt des Firmenstandortes in unserer Stadt bei.

Hierzu gilt unseren Industrieunternehmen unser allerherzlichster Dank, denn die Sicherung von Arbeitsplätzen oder gar deren Ausbau hat für meine Fraktion oberste Priorität.

Dies sind Zahlen, die sich sicherlich sehen lassen können. Denn im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen sind wir trotz einer Monostruktur im Bereich unserer Gewerbesteuereinnahmen in der glücklichen Lage, unseren Haushalt ausgleichen zu können. Demnach sind wir in der glücklichen Lage, uns einer Fremdbestimmung durch die Kommunalaufsicht unseres Landkreises zu entziehen.

Unsere Stadt bleibt von den bereits im Vorfeld diskutierten Szenarien wie Leistungseinstellungen, Leistungskürzungen, weitere Steuer- und Gebührenerhöhungen verschont.

Vorgaben des Landes Hessen, bei einem defizitären Haushalt zu derartigen Maßnahmen zu greifen, bleiben außen vor. Demnach bleibt die Handlungsfähigkeit unseres Parlamentes auch in dem diesjährigen Haushalt gesichert.

Wie wir alle wissen, konnte der diesjährige Haushaltsausgleich nur unter Zuhilfenahme von Zuschüssen in Höhe von 3,65 Mio. € durch unsere großen Gewerbesteuerzahler erzielt werden.

Weitere Zuschüsse sind für den Haushalt 2018 in Höhe von 1,3 Mio. € sowie in 2019 in Höhe von 315.000 € vorgesehen. In den Haushaltsjahren danach dürfte sich unser Haushalt wieder erholt haben, da die Unternehmen ihre Investitionen abgeschrieben haben.

Die Zuschussgewährung ist bislang in der Geschichte unserer Stadt einmalig, meine Fraktion möchte demnach nicht voreilig schlecht reden.

Ein fader Beigeschmack jedoch kam im Vorfeld darüber raus auf, dass aus der Presse zu entnehmen war, dass der oder die Zuschussgeber hinsichtlich des Geldgeschenkes ganz offensichtlich Forderungen konkretisiert hatten.

Nach Auskunft unseres Bürgermeisters jedoch lagen zu keinem Zeitpunkt Forderungen in schriftlicher Form vor. Verbindliche Vereinbarungen mit den Unternehmen würde es nicht geben.

Ich erkläre hiermit ganz klar, dass zumindest meine Fraktion sich auf Forderungen des Zuschussgebers in keinster Weise einlassen würde. Der Geldgeber hat nichts zu fordern, wir befinden uns ja hier nicht auf einem türkischen Basar !

Nach Presseberichten zufolge, sollten im Fokus ein Konzept für die Kinderbetreuung von Firmenbeschäftigten und daraus resultierend Änderungen der Öffnungszeiten stehen. Auch sollen in den nächsten Jahren die Kindergartengebühren nicht erhöht und unsere Stadt sich um weitere Integration von Menschen mit Migrationshintergrund auch mit Blick auf Sportstätten und Sportangeboten bemühen.

Wie wir den Öffnungszeiten unserer Kindergärten zukünftig umgehen, wird sich noch zeigen. Meine Fraktion teilt die Auffassung, dass die zukünftigen Öffnungszeiten sich an dem tatsächlichen Bedarf anpassen sollten und sich demnach die Öffnungszeiten auch an den Schichtbetrieb von Firmenbeschäftigten zu orientieren haben. Nur ein derartiges Modell könnte in der heutigen Zeit zu mehr Flexibilität, Familienfreundlichkeit und auch zur Nachhaltigkeit beitragen.

Dem Modell der Hess. Landesregierung hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf würde demnach mehr Rechnung getragen werden. Zeiten, in welcher ein Elternteil aufgrund der Kindererziehung auf eine Berufsausübung verzichten kann, sind in breiten Schichten der Bevölkerung vorbei und wenn überhaupt, nur bei einem Großverdiener in der Familie noch möglich.

Verschiedene Denkmodelle hierzu sind möglich und müssen in Zukunft noch umfassend in den städtischen Gremien diskutiert werden.

Zu bedenken geben wir jedoch, dass wir unsere Kindergärten nicht an auswärts Wohnende vergeben können oder gar Kindergartenplätze entsprechend für einen derartigen Bedarf überhaupt ausbauen können. Andere Kommunen sollten von unseren Öffnungszeiten dann nicht noch honoriert werden.

Wie ich im vorausgegangenen Tagesordnungspunkt bereits erklärt habe, ist der buchhalterische Umgang mit dem zweckgebundenen Zuschuss mit der hiesigen Kommunalaufsicht ausführlich erörtert worden. Es ist davon auszugehen, dass diese bislang einzigartige Modalität rechtskonform ist. Wie wir wissen, steht eine Prüfung durch die Kommunalaufsicht nach beschlossenem Haushalt an.

Wir hoffen, dass es zu keinerlei Beanstandungen kommen wird, zumal die Gesetzeslage derartige Zuschüsse durch Industrieunternehmen durchaus zulässt. Wir danken daher vielmals unseren Zuschussgebern für die großzügige Unterstützung, verkennen aber nicht, dass der zweckgebundene Zuschuss auch zu deren Selbstzweck gewährt wurde.

Denn faktisch gesehen konnte es den Geldgebern hauptsächlich darum gegangen sein, letztendlich eine dramatische Erhöhung der Gewerbesteuer für sich zu verhindern. Dass eine Kommune nach einer Erhöhung von lieb gewonnenen Einnahmequellen nicht mehr so schnell wieder abrücken wird, werden auch die Zuschussgeber erkannt haben.

Betrachtet man die von uns abzuführende Kreis- u. Schulumlage, so müsste die Gewerbesteuer um rd. 10 Prozentpunkte angehoben werden um 1 Mio. € zusätzlich zu erwirtschaften. Demnach kann sich jeder ausrechnen, in welcher Höhe wir die Gewerbesteuer hätten erhöhen müssen.

Eine Erhöhung der Gewerbesteuer jedoch würde auch bedeuten, dass auch all die Kleinunternehmen in unserer Stadt hiervon betroffen gewesen wären. Ein derartiges Szenario hätte sicherlich zu weiteren Unternehmensschließungen in unserer Stadt und zu weiteren Geschäftsleerständen geführt.

Trotz allem aber darf nicht verkannt werden, dass sich unsere Stadt mit der Höhe ihrer jetzigen Gewerbesteuer vergleichbar zu anderen Städten in der Rangliste noch in einem sehr guten unteren Drittel befindet.

Ich möchte keineswegs etwas schönreden, denn es ist aber auch Fakt, dass auch unser diesjähriger Haushalt auf sehr wackligen Füßen steht.

Ein finanzieller Spielraum steht uns nicht zur Verfügung. Deshalb gilt wie immer mein altbewährter Grundsatz: „Notwendiges hat vor Wünschenswertem zu rangieren“. Nur wo fängt Wünschenswertes an, wenn der Haushalt dermaßen knapp aufgestellt ist, dass es für weitere Wünsche keinen Spielraum mehr gibt ?

Mit Mittelanforderungen halten die Fraktionen sich in gewohnter Manier zurück, da diesen immer wieder von Jahr zu Jahr mitgeteilt wird, dass für Wünsche mit finanziellen Auswirkungen kein großer Spielraum vorhanden sei.

Demnach müssen wir uns wie in der Vergangenheit, stetig auf die Vorgaben der Verwaltung verlassen. Dies sorgt natürlich für ein gewisses Unbehagen in den einzelnen Fraktionen.

Gegen den Haushalt hat die Fraktion „Bürger Union Stadtallendorf“ generell nichts einzuwenden, wenn dieser nicht die bereits im letzten Jahr durch dieses Haus mehrheitlich mit Stimmen von CDU, SPD und Grünen beschlossenen Gebührenerhöhung für unsere Kindergärten vorsehen würde.

Ebenso ist für meine Fraktion die Anhebung der Grundsteuer A von bisher 300% auf 332% und für die Grundsteuer B von 320% auf den durch die Hessische Landesregierung vorgeschriebenen Nivellierungshebesatz in Höhe von 365% nicht tragbar. Durch diese Steuererhöhungen werden gerade einmal 0,335 Mio. € im Haushalt generiert, belasten den Haus- u. Grundstücksbesitzer in dessen finanziellen Spielraum jedoch in einer wirtschaftlich durchaus sehr schwierigen Zeit noch zusätzlich.

Meine Damen u. Herren, abschließend darf ich noch kurz auf die Personal- und Versorgungsaufwendungen zu sprechen kommen:

Der Anteil der Personal- und Versorgungsaufwendungen an den ordentlichen Gesamtaufwendungen belasten unseren Haushalt gerademal mit 14.7 %. Ich verstehe nicht, dass bei dringend benötigten Neueinstellungen von Seiten der Politik dauernd gejammert wird. Unsere Verwaltung als ein modernes Dienstleistungsunternehmen muss den gehobenen Ansprüchen des Kunden, nämlich der Bevölkerung, Rechnung tragen und muss sich hierauf auch einstellen. Mehraufwendungen sind auf Dauer durch das Personal nicht zu leisten und auch nicht hinzunehmen. Dies schafft bei den Bediensteten nur zu Unmut und zu krankheitsbedingten Arbeitsausfällen. Sparen kann man bei dringend benötigtem Personal nichts, belastet hierdurch aber all die anderen Mitarbeiter, die noch ein ausgeprägtes Pflichtbewusstsein gegenüber Ihrem Dienstherrn besitzen. Auf Dauer kann es nicht angehen, dass ständig Mehrarbeiten für kranke oder fehlende Kolleginnen u. Kollegen verrichtet werden müssen. Auch gehört eine leistungsgerechte Bezahlung dazu. Nicht nur die Ränge der Häuptlinge gehört

angehoben, sondern auch die der Indianer. Ich konnte mir meine Anmerkung anlässlich der heutigen Haushaltdebatte nicht verkneifen und bitte um Nachsicht, da hilft auch kein jammern und wehklagen mehr. An Personal darf nicht eingespart werden !

Ich komme nun zum Schluss meiner Ausführungen:

Die Fraktion Bürger Union Stadtallendorf wird sich dem vorliegenden Haushalt sowie den Haushaltsplänen der Eigenbetriebe Stadtwerke sowie Dienstleistungen u. Immobilien enthalten. Wir wissen nicht, wie die Mehrheit oder wir wussten bis vor Kurzem noch nicht, wie die Mehrheit in diesem Hause über den heutigen Haushalt befinden wird, möchten aber einen weiteren Schaden von unserer Stadt und unseren Bürgern abwenden. Massive Steuer- und Gebührenerhöhungen, verbunden mit Leistungskürzungen und Leistungseinschränkungen bei einem abgelehnten Haushalt sind für meine Fraktion keine Option.

Ich bedanke mich wie immer an dieser Stelle für alle an dem Haushalt beteiligten Personen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit ! Schönen Dank